

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Manfred Kaiser

„Alternativ-ökonomische Beschäftigungsexperimente“  
quantitative und qualitative Aspekte

18. Jg./1985

**1**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104  
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# „Alternativ-ökonomische Beschäftigungsexperimente“ quantitative und qualitative Aspekte

## Eine Zwischenbilanz

Manfred Kaiser\*)

Seit Mitte der 70er Jahre entwickeln sich unter dem Druck von Arbeitslosigkeit, anhaltender Unterbeschäftigung und dem Wandel der individuellen und gesellschaftlichen Einstellung zur Arbeit neue Formen des Erwerbsverhaltens, die noch nicht erkennen lassen, welchen Umfang sie haben werden, ob sie von Dauer, ob sie freiwillig oder erzwungen sind. Das besondere Augenmerk wird auf „Arbeitsloseninitiativen“ und „alternativ-ökonomische Projekte“ gelenkt. Neueren Schätzungen zufolge gibt es in der Bundesrepublik Deutschland

- etwa 300 – 500 Arbeitsloseninitiativen, die ein Beratungs-, Kommunikations- und Betreuungsangebot, aber auch Werkstätten mit Ausbildungsmöglichkeiten unter Anleitung oft älterer arbeitsloser Handwerker zur Verfügung stellen,

- je nach Definitionskriterien 6000 – 35 000 „alternativ-ökonomische Projekte“ mit zwischen 80 000 und 600 000 aktiven Mitgliedern.

In einer qualitativen Analyse wird gezeigt, daß viele alternativ-ökonomische Projekte wirtschaftlichen Zielen folgen, auch wenn diese oft mit anderweitigen ideologischen Zielen verflochten sind, daß es eine relativ große Zahl von Projekten mit langer Lebensdauer gibt, daß fachliche Qualifikationen für die Überlebensfähigkeit unabdingbar sind, daß die Tätigkeitsprofile traditionellen Selbständigen eher ähnlich sind als abhängig Beschäftigten, und daß Zeiteinteilung und Urlaubsplanung nicht auf „Selbstaussbeutung“ in jeder Hinsicht in den Projekten schließen lassen.

## Gliederung

1. Einordnung und Zielsetzungen
2. Theoretische Überlegungen
3. Quantitative Aspekte
  - 3.1 Arbeitslosenprojekte
  - 3.2 „Neue Selbständige“, „alternativ-ökonomische Projekte“
4. Lage „alternativ-ökonomischer Projekte“
5. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

### 1. Einordnung und Zielsetzungen

Seit Mitte der 70er Jahre entwickeln sich unter dem Druck von Arbeitslosigkeit, anhaltender Unterbeschäftigung und dem Wandel der individuellen und gesellschaftlichen Einstellung zur Arbeit neue Formen des Erwerbsverhaltens, die noch nicht erkennen lassen, welchen Umfang sie künftig haben werden, ob sie von Dauer, ob sie freiwillig oder erzwungen sind (vgl. insbesondere *Vonderach* 1980). Im wesentlichen handelt es sich hierbei um Erscheinungen und Entwicklungen auf der Arbeitskraftseite in allen Regionen – sowohl in der Stadt als auch auf dem Land, in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie im Ausland.

\*) Dr. Manfred Kaiser ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors. Der Beitrag beruht im wesentlichen – insbesondere Kapitel 4 – auf einer Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie „Die Bedeutung alternativer Tätigkeitsfelder und Tätigkeitsverläufe für den Arbeitsmarkt“, die vom Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie der Universität Erlangen-Nürnberg im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt wurde. Die Ergebnisse der Studie sind in ausführlicher Form veröffentlicht in: Kreuzt, H., G. Fröhlich (Mitarb.), H. D. Maly (Mitarb.), Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewährungsprobe des Alltags, Beitr. AB 86, Nürnberg 1985.

In den wirtschaftlichen Außenbeziehungen unterscheiden sich diese neuen Initiativen und alternativ-ökonomischen Projekte kaum von einem herkömmlichen Unternehmen; offizielle Statistiken fassen sie oft mit den alteingesessenen Betrieben zusammen (vgl. *Mertens* 1980). Diese Einschätzung mag zunächst überraschen, ist aber leicht nachvollziehbar, wenn man berücksichtigt, daß auch Kooperativen und Kollektive ihre Produkte auf Märkten und Teilmärkten absetzen müssen und sich zur Herstellung ihrer Erzeugnisse, der Besorgung der Rohstoffe, des Kapitals etc. gleichfalls der Schaltstelle „Markt“ bedienen müssen. Diese Abhängigkeit ist erst dann nicht mehr gegeben, wenn der alternativ-ökonomische Sektor eigene wirtschaftliche Kreisläufe und eigene Märkte – beispielsweise durch Gründung eigener Verbraucherorganisationen – aufgebaut hat. Dazu gibt es jedoch gegenwärtig keine allzu große Bereitschaft.

In der Bundesrepublik haben solche Initiativen ihren Ursprung hauptsächlich in einer sogenannten „Sinn- und Bedeutungskrise“, in die Arbeit und Beruf neuerdings geraten sind und die durch die seit einem Jahrzehnt dauernde Beschäftigungskrise verstärkt wird (vgl. *Hegner, Schlegelmilch* 1983). So spielen etwa postmaterielle Motive bei der Gründung von „alternativ-ökonomischen Projekten“ – nach einer Untersuchung Hamburger Projekte – die wichtigste Rolle: Es geht um die Erfüllung von Wünschen nach gemeinsamer, sinnvoller und selbstverwalteter Arbeit (75% der Befragten). Weitere 14% wollen nach einem Berufsumstieg im alternativ-ökonomischen Bereich tätig werden. Nur 11% der Projektmitarbeiter geben als Grund für ihre Mitarbeit in einem solchen Projekt an, daß sie sonst arbeitslos wären (*Personn, Tiefenthal* 1984, S. 65 ff., 70). Ein weiteres Kennzeichen ist das Streben, „andersartig und anders sein zu wollen“ – also alternativ sein zu wollen. Aus diesen Wurzeln sind die sogenannten „alternativ-ökonomischen Projekte“, die „neuen Selbständigen“ (*Vonderach*) oder die von Arbeitern selbstverwalteten Betriebe (z. B. *Konkursbe-*

triebe) gewachsen. Die Betonung des „Alternativen“ in der Selbstdarstellung hat die Initiativen in einen oft ungerechtfertigten „Ideologieverdacht“ gerückt.

Häufig beruhen „alternativ-ökonomische Initiativen“ und ihre Gründung nicht nur auf einem Motiv oder einem Hauptmotiv, sondern auf einem Bündel von Motiven. So hat die Frauenbewegung und ihr Streben nach „Emanzipation“ neben einer Familien-, Kultur- und Subkulturkomponente, auch eine Beschäftigungskomponente. Die auf dem Arbeitsmarkt auftretenden Initiativen sind oftmals mit anderen als nur ökonomischen Motiven verflochten und von diesen nicht immer zu trennen. – In die folgende Betrachtung sind nur solche Initiativen einbezogen, bei denen zwei Motivlagen bei der Entstehung dominieren: *materielle Beschäftigungsnot* (vgl. auch Brinkmann 1976; Schober 1978) und/oder *persönlich-individuelle Orientierungen bzw. Umorientierungen im Verhältnis zur Erwerbsarbeit*.

Die alternativ-ökonomische Bewegung und die in ihnen praktizierten Beschäftigungsexperimente werden zunehmend von Öffentlichkeit, Staat und Gesellschaft zur Kenntnis genommen sowohl mit Skepsis als auch mit Hoffnungen verbunden. Die Urteile über sie sind sowohl negativ als auch positiv. Die einen fürchten verstärkten Konkurrenzdruck, die anderen eine Politisierung mancher Produktions- und Dienstleistungsbereiche, wieder andere werden den Verdacht nicht los, daß die „Alternativen“ als leidenschaftliche „Weltverbesserer und Gesellschaftsveränderer“ wirkten oder in der Schattenwirtschaft tätig sind (z. B. Niessen, Ollmann, Ehling 1984, S. 8). Die Zuordnung der Alternativökonomie zur Schattenwirtschaft ist jedoch problema-

tisch. Wenn „Schattenwirtschaft“ als der Bereich der „Transaktionen, die der Besteuerung entgehen“ (vgl. Gretschmann 1983, S. 12) definiert wird, dann zählt die Alternativökonomie – jedenfalls zu ihrem überwiegenden Teil – nicht zur Schattenwirtschaft. Alternativ-ökonomische Projekte versteuern ihre Einnahmen und eventuelle Gewinne genauso, wie jedes andere kleine Unternehmen. Deshalb ist die alternative Ökonomie zur sichtbaren Wirtschaft zu zählen. Sie hat jedoch mit dem „bedarfs- und selbstverwaltungswirtschaftlichen Sektor der Schattenwirtschaft“ gemein, daß sie bedarfsorientiert und nicht erwerbswirtschaftlich orientiert ist.<sup>1)</sup>

In Österreich werden Selbsthilfeunternehmen, Kooperativen und selbstverwaltete Betriebe auf gesetzlicher Basis durch das Sozialministerium gefördert (vgl. Zehnter, Nagel 1983). In Kanada werden sog. „Leads Corporations“ und in Frankreich „boutique des gestion“ eingerichtet. Es handelt sich hierbei um Beratungsbüros, in denen alle für eine Betriebsgründung und -führung erforderlichen Kompetenzen vereinigt sind. Hier kann sich der Firmengründer – in der Regel – kostenlos bzw. gegen ein geringes Entgelt – während aller Phasen der Firmengründung beraten lassen. Steuerberater, Rechtsanwälte, Notare, Fachkräfte für Absatzfragen, Werbespezialisten, Kreditbearbeiter, bilanzsichere Buchhalter usw. kooperieren hier im Dienst neuer Firmen und Firmengründungen. OECD und EG befassen sich seit geraumer Zeit mit ihnen unter dem Etikett der „Local Initiatives“. Die neue Bewegung hat auch in der Bundesrepublik Deutschland Fuß gefaßt. So begrüßt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1984/85 (S. 331) „im Grunde die neuen Versuche ökonomischer Betätigung. Als wirtschaftlich erfolgreich sind sie jedoch nur anzusehen, wenn sie auf die Dauer ihre Kosten decken, d. h. selbständig überlebensfähige Unternehmen bleiben“. Auch bei Verbänden und Parteien entwickelt sich ein entsprechendes Problembewußtsein.<sup>2)</sup>

Der Kenntnisstand über die neuen Erwerbsformen ist noch bescheiden. Fundierte Daten und Informationen sind kaum vorhanden. Die Diskussion ist daher einerseits vorurteilsbehaftet und spekulativ, andererseits von hohen Erwartungen (z. B. hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen bzw. einer Beschäftigungsausweitung) getragen. Nicht ideologiebehaftete und emotionsgeladene Auffassungen und Spekulationen zu kolportieren, sondern harte Fakten und empirisch fundierte Argumente vermögen die hitzige Diskussion um die „Alternativen“ zu versachlichen. Im vorliegenden Beitrag werden daher einige theoretische Überlegungen zur Entstehung, Entwicklung und Motivlage von „alternativ-ökonomischen“ Aktivitäten angestellt. In weiteren Abschnitten werden neuere qualitative und quantitative Aspekte aus dem IAB-Projekt „Die Bedeutung alternativer Tätigkeitsfelder und Tätigkeitsverläufe für den Arbeitsmarkt“ dargestellt.<sup>3)</sup> Damit erfährt der Beitrag von *Kreutz, Fröhlich, Maly*, in: MittAB2/1984 eine Ergänzung und Erweiterung.

## 2. Theoretische Überlegungen

Beschreibungen von einzelnen Initiativen, Selbstdarstellungen, Adressensammlungen, „Stattbücher“, Zusammenfassungen zu Kommunikationszentren und/oder Netzwerken gibt es in relativ großer Zahl. Theoretische Erklärungsversuche mit empirisch belegten Begründungen sind hingegen für diese neuen Erscheinungen kaum vorhanden und eine zuverlässige amtliche statistische Erfassung fehlt gänzlich. Drei

<sup>1)</sup> Der wesentliche Unterschied zwischen diesen beiden Orientierungen liegt darin, „... daß im erwerbswirtschaftlichen Bereich die individualistische Orientierung dominiert, die Wirtschaftsaktivität tauschwertbestimmt ist, das Gewinnmotiv vorherrscht, die persönliche Involviertheit der Produzenten und Konsumenten relativ gering ist, es um die Befriedigung ‚alter‘ Bedarfe geht, ... und es schließlich von der Zielsetzung her um eine Verbesserung der einzelnen ökonomischen Anbieter- und Nachfragerpositionen geht. Demgegenüber findet sich in der bedarfswirtschaftlichen Sphäre eine vorwiegend gemeinschaftliche Orientierung, die Produktion ist gebrauchswertbestimmt, das Gewinnmotiv wird durch das alternative Wertemuster ‚gesellschaftliche Präferenzen‘ ersetzt, die persönliche Betroffenheit ist hoch, es sollen ‚neue‘ Bedürfnisse befriedigt werden, der bedarfswirtschaftliche Bereich versteht sich als antikommerziell, und an die Stelle einer individuellen Positionsverbesserung tritt ein verändertes Verständnis von Gemeinschaft und Gesellschaft.“ (Gretschmann 1983, S. 15).

<sup>2)</sup> Exemplarisch zitiert nach Beywl, Brombach, Engelbert 1984, S. 11 f.): Helmut Kohl verspricht in seiner Regierungserklärung vom 4. 5. 1983 den kleineren und mittleren Unternehmen verstärkte Förderung, denn „Wirtschaft und Gesellschaft brauchen dynamische Unternehmer. Ihr Wagemut und ihre Entscheidungskraft sind gerade in der vor uns liegenden Zeit verlangt“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1983, S. 26). In einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderten Projekt zur Schattenwirtschaft heißt es unter dem Stichwort „Alternativökonomie“: „Die sogenannte Alternativökonomie ist bislang eher als ein Randbereich der Schattenwirtschaft anzusehen. Mit den neuen Selbständigen dürfte jedoch auch ihr eine größere Bedeutung zukommen.“ (Niessen, Ollmann, Ehling 1984, S. 8).

Die Sozialdemokratie hat ein ebenfalls nur rudimentär ausgeprägtes Problembewußtsein in puncto Alternativökonomie, wie Hans-Jochen Vogel einräumt. Anke Brunn sieht in der alternativ-ökonomischen Produktion vorrangige Selbsthilfen der Not. „Für Jugendliche ist heute häufig das Selbsthilfeprojekt oder die alternative Werkstatt der letzte Notnagel nach einer langen Reihe von Mißerfolgen.“ Sie übersieht dabei den zukunftsweisenden Charakter der Moralökonomie.

Der CDU- wie der SPD-Perspektive ist gemein, daß sie das zentrale Merkmal der Alternativökonomie, nämlich die Remoralisierung der Ökonomie, ablehnen bzw. übersehen. Allzu schnell wird damit die Alternativökonomie als vermeintliche Spielart der neuen Selbständigkeit in ein Wachstumskonzept integriert. Lediglich die GRÜNEN verstehen die Alternativökonomie als Selbstverwaltungswirtschaft mit transzendieren-dem Charakter und stellen ihren moralökonomischen Anteil deutlich heraus: „So gering der gesamtwirtschaftliche Beitrag selbstorganisierter Projekte heute noch sein mag, so groß ist ihre Bedeutung als Feld wichtiger, sozialer und politischer Experimente.“ (Sindelfinger Programm 1983, zit. nach Opielka, Greiffeld 1984, S. 729).

<sup>3)</sup> Vgl. insbesondere Kreutz, H., eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewährungsprobe des Alltags, in: BeitrAB 86, 1985.

Erklärungsversuche – besser Hypothesen – befassen sich mit einigen Aspekten der Entstehung solcher unkonventioneller Initiativen (Vollständigkeit darf dabei nicht erwartet werden!):

a) *Motive-/Bedürfnisansatz*: Bleiben existenziell wichtige Bedürfnisse (wie das Bedürfnis nach Erwerbsarbeit oder nach Einkommenserzielung, nach Selbstentfaltungsmöglichkeiten in Arbeit und Beruf, etc.) unbefriedigt, dann suchen manche nach neuen Aktivitäten. Das kann sich in der Gründung einer selbständigen Existenz oder im Eintritt in eine bereits bestehende Initiative niederschlagen. In das Umfeld solcher „Initiativen“ drängen sich darüber hinaus oftmals eine große Zahl an Sympathisanten, die durch aktive Mitarbeit in solchen Projekten Bedürfnisse befriedigen.

b) *Verdrängungshypothese*: Sie geht von dem Bild aus, daß man die Erwerbsbevölkerung in mindestens zwei Gruppen gliedern kann: in eine Gruppe der abhängig Beschäftigten und eine Gruppe der Selbständigen. Arbeitslose oder beschäftigungsmäßig unterversorgte Personen werden gleichermaßen auf Arbeitsplätze mit abhängiger oder selbständiger Stellung im traditionellen Sinn (z. B. Handwerksberufe, freie Berufe) drängen. Sind die abhängigen Positionen/Arbeitsplätze weitgehend blockiert oder werden keine neuen angeboten, dann drängt ein „Potential“ an Erwerbswilligen auf anderweitige selbständige Positionen oder versucht solche für sich zu errichten.

In der Tat ist eine wichtige Bedingung für die Gründung selbständiger Existenzen die vorgefundene Arbeitssituation und die Entdeckung von Marktnischen. *Eine wirtschaftliche Entwicklung ohne allzu starken Arbeitsmarktauftrieb – mit einer Tendenz zur Arbeitslosigkeit – scheint sich darauf besonders günstig auszuwirken*. So ergibt sich aus dem Datenmaterial der Volks- und Berufszählung von 1970 bei Hochschulabsolventen beispielsweise folgender Befund: Die Selbständigenquote – das ist der Anteil der Selbständigen/Freiberufler an allen Erwerbstätigen – ist seit 1952 ständig gesunken. In Krisenzeiten dagegen stiegen die Selbständigenquoten. Ursächlich hierfür waren vor allem die wachsenden Beschäftigungsrisiken (z. B. Nachwirkungen der Rezession von 1929 bis in die 30er Jahre; „Entnazifizierung“ nach 1945 und damit zusammenhängende Probleme bei der Beschäftigung im öffentlichen Dienst) (vgl. Kaiser, Stooß 1980).

Belegt wird dieser Sachverhalt neuerdings auch auf einigen Teilarbeitsmärkten. So sind Lehrer, Publizisten, Soziologen, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen weit mehr von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Gruppen. Obgleich sie speziell gar nicht für eine selbständige Berufsausübung ausgebildet sind, wächst bei ihnen die absolute Zahl der Selbständigen, die Selbständigenquote (= Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen je Beruf) wächst bzw. stagniert, während typische Selbständigenberufe (z. B. Landwirte, Zimmerer/Dachdecker, Rechtsanwälte, etc.) diesbezüglich Abnahmen verzeichnen<sup>4)</sup> (vgl. Übersicht 1) (vgl. auch Kreuz, Fröhlich, Maly 1985).

Wie groß diese Selbständigenpotentiale sind, kann man aus einer *Erhebung bei Fachhochschulabsolventen* des Jahrgangs 1980 in der Bundesrepublik Deutschland (N = 32 000) entnehmen, die 1982 befragt wurden.<sup>5)</sup> Danach waren zum

<sup>4)</sup> Quellen: Angaben aus den Mikrozensusserhebungen 1976 bis 1982; vgl. auch Übersicht 1.

<sup>5)</sup> Zum verwendeten Datenmaterial vgl. insbesondere Kaiser, Hallermann, Otto 1984.

## Übersicht 1: Selbständigenquoten\*) nach Berufsgruppen

Stand: Mikrozensus 1976, 1978, 1980, 1982

Berufsgruppe	Mikrozensus			
	1976	1978	1980	1982
01 Landwirte, Weinbauern	74,9	76,6	72,7	72,2
02 Tierzüchter, Fischereiberufe	52,0	47,2	51,0	47,9
04 Landwirtschaftl. Arbeitskräfte, Tierpfleger	1,0	2,1	1,2	2,2
05 Gartenbauer	18,2	15,6	16,1	17,1
17 Drucker	4,1	4,2	4,4	5,3
25 Schmiede	20,7	16,7	22,0	14,3
26 Feinblechner, Installateure	9,7	9,0	7,9	7,4
27 Schlosser	1,9	2,1	2,2	2,0
28 Mechaniker	6,9	6,2	6,0	5,2
30 Metallfeinbauer und zugeordnete Berufe	14,8	12,6	13,5	13,8
31 Elektriker	4,8	4,1	4,0	4,1
35 Textilverarbeiter	6,1	6,2	5,3	5,8
37 Lederhersteller, Leder-, Fellverarbeiter	15,8	12,3	11,6	13,1
39 Back-, Konditorwarenersteller	28,7	27,9	27,5	25,3
40 Fleisch-, Fischverarbeiter	25,3	20,2	21,0	22,5
41 Speisenbereiter	2,5	2,4	2,6	3,7
44 Maurer, Betonbauer	4,4	5,2	5,0	4,7
45 Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer	8,6	8,3	7,7	8,2
48 Bauausstatter	11,2	11,4	10,6	10,6
49 Raumausstatter, Polsterer	20,9	20,5	19,0	19,4
50 Tischler, Modellbauer	12,3	12,1	11,4	10,1
51 Maler, Lackierer und verwandte Berufe	14,8	13,3	12,5	11,8
60 Ingenieure	12,3	13,5	13,2	11,9
62 Techniker	1,8	2,0	2,1	2,3
68 Warenkaufleute	23,9	23,4	22,9	21,6
69 Bank-, Versicherungskaufleute	7,5	6,9	6,7	6,4
70 Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	20,9	19,5	21,9	20,5
71 Berufe des Landverkehrs	4,7	5,7	5,6	5,4
75 Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer	29,0	27,0	27,2	32,2
78 Bürofach-, Bürohilfskräfte	1,0	1,0	1,0	1,0
80 Ordnungs-, Sicherheitsberufe	1,1	1,2	1,0	1,0
81 Rechtswahrer, -berater	27,2	26,1	26,3	24,9
82 Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	16,6	15,9	16,2	17,3
83 Künstler und zugeordnete Berufe	26,4	27,5	29,2	26,3
84 Ärzte, Apotheker	49,9	50,2	49,9	48,8
85 Übrige Gesundheitsdienstberufe	2,0	2,0	1,8	2,3
87 Lehrer	3,5	3,3	3,5	3,6
88 Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe, a.n.g.	11,0	9,5	6,5	6,9
90 Körperpfleger	26,6	22,7	23,9	25,5
91 Gästebetreuer	41,3	39,9	39,8	37,8
93 Reinigungsberufe	2,4	2,4	2,5	2,3
99 Arbeitskräfte o. nähere Tätigkeitsangabe	11,7	16,7	23,7	15,4
Erwerbstätige insgesamt	9,1	8,8	8,6	8,7

\*) Selbständige in Prozent von allen Erwerbstätigen der jeweiligen Berufsgruppe (ausgewiesen werden Selbständige mit einer Besetzung ab 5 000)  
Quelle: Tab. B01.1.1)

Befragungszeitpunkt zwei Jahre nach dem Examen 3% der Ausgangspopulation bereits selbständig und knapp 38% äußerten den Wunsch sich selbständig zu machen. Von ihnen (38% = 100) haben ca. 24% konkrete Schritte unternommen, ihren Wunsch nach beruflicher Selbständigkeit (im sozialversicherungsrechtlichen Sinn) zu verwirklichen.

Man kann somit zwischen einem *weichen Potential* – also solchen, die sich selbständig zu machen wünschen – und einem *harten Potential* unterscheiden, dessen Mitglieder darüber hinaus schon konkrete Schritte für eine selbständige Position eingeleitet haben. Insgesamt kann man 38% der befragten Fachhochschulabsolventen zum weichen Selbständigenpotential und 9% zum harten Selbständigenpotential rechnen. Angesichts des kleinen Anteils von selbständigen Fachhochschulabsolventen und der relativ hohen Selbständigenpotentiale stellt sich die Frage nach den Gründen für diese Diskrepanz. Diese liegen in erster Linie nicht in den nach Selbständigenpositionen strebenden Individuen, sondern hauptsächlich in den Rahmenbedingungen, also in den Bedingungen eine selbständige Existenz zu realisieren bzw. realisieren zu können.

Hinweise auf *weiche Potentiale* liefern auch Einstellungsuntersuchungen bei *Studenten des Wintersemesters 1982/83 an ausgewählten Universitäten und Fachhochschulen* (N = 6607) in der Bundesrepublik Deutschland: Von ihren Einstellungen her beurteilt ein großer Teil der Studierenden auch die Gründung von autonomen Lebens- und Arbeitskollektiven zustimmend (ca. 43%), ein gutes Viertel (ca. 28%) hat zu ihnen keine Meinung und ein schwaches Drittel (29%) lehnt sie ab. Die Bereitschaft zu eigener Initiative ist auch darin ablesbar, daß nur ein Viertel eine Tätigkeit in einem alternativ-ökonomischen Projekt oder einem alternativen Arbeitskollektiv ganz ausschließt und immerhin 6% eine solche Tätigkeit bestimmt und weitere 40% eine solche vielleicht anstreben. Dies ist zugleich ein Hinweis darauf, daß sich ein beachtlicher Teil von Studierenden alternativen Strömungen zuordnet und daß sie in einem solchen Lebenszusammenhang ihre Berufsperspektiven sehen. (*Bargel, Framheim, Gleich, Kammkuber, Lenske, Peisert* 1984, S. 234, 190 f.)

Ähnliches wird aus einer *IAB-Verlaufsstudie bei Langfrist-arbeitslosen* 1981/83 (N = 1600) berichtet (vgl. *Brinkmann* 1984), daß

- ca. 16% *gerne* selbständig werden möchten;
- ca. 13% *möglicherweise* selbständig werden möchten;
- ca. 15% keine Meinung zu einer Selbständigentätigkeit haben;
- ca. 56% *auf keinen Fall* als Selbständige – auf eigene Rechnung – arbeiten möchten.

Anders als bei den Fachhochschulabsolventen hat kaum einer von den arbeitslosen Interessenten an einer selbständigen Existenz bisher konkrete Schritte für den Weg in die Selbständigkeit unternommen. Es handelt sich hierbei um ein weiches Interessentenpotential, von dem kaum Impulse für die Verwirklichung eigenständiger Existenzgründungen ausgehen dürften (nur 1,3% geben an, konkrete Schritte für eine Existenzgründung in die Wege geleitet zu haben). Daraus ist zu folgern, daß sich die „neuen Selbständigen“ in der Regel aus anderen Personenkreisen als aus Arbeitslosen rekrutieren. Allenfalls wenn sich die Initiativen bzw. Exi-

stenzgründungen ausweiten, ergeben sich Arbeitsmarkt- bzw. Sogwirkungen, indem Arbeitslose absorbiert werden. „Initiativen“ bzw. Existenzneugründungen *können* somit beschäftigungsexpansive Wirkungen beinhalten.

c) *Nachholbedarfshypothese*: Mit dem ständigen Rückgang der Selbständigen in den letzten Jahren sind auch Güter und Leistungen, die dieser Personenkreis erzeugte, verschwunden bzw. zurückgegangen. Ursächlich hierfür waren vor allem die Preisgestaltung, Kostendeckungsprobleme und nicht zuletzt ein mangelndes Potential an fähigen Selbständigen. Die Nachholbedarfshypothese behauptet nun, daß die beruflichen Positionen (wie Selbständige, alternative Projekte, Initiativen etc.), die in der Vergangenheit stark rückläufig waren – im Zuge des reichlicher vorhandenen Selbständigenpotentials – mit Arbeitskräften besser versorgt werden können und sich von daher ausbreiten können.

Ökonomisch gesehen, sind die Expansionsbedingungen für Selbständige um so besser, je größer das Potential an Interessenten ist, je besser diese für die Selbständigkeit qualifiziert sind, je besser die finanzielle Ausgangslage für die Gründung von Initiativen ist und je günstiger die erzielbaren Preise für das erzeugte Leistungs- und Güterangebot sind.

### 3. Quantitative Aspekte

Übersicht 2 versucht die Entwicklungslinien für die Entstehung von alternativ-ökonomischen Beschäftigungsinitiativen nachzuzeichnen. Dabei gibt es zwei Strömungen – entsprechend der beiden erwähnten Motivlagen – zur Gründung von Beschäftigungsinitiativen: Arbeitslosenprojekte und Initiativen, die zum „alternativ-ökonomischen Sektor“ gehören und den Aufbau einer „Alternativ- oder Dualwirtschaft“ nach sich ziehen (können)<sup>6)</sup> (vgl. Übersicht 2) (vgl. insbesondere *Hegner, Schlegelmilch* 1983).

#### 3.1 Arbeitslosenprojekte

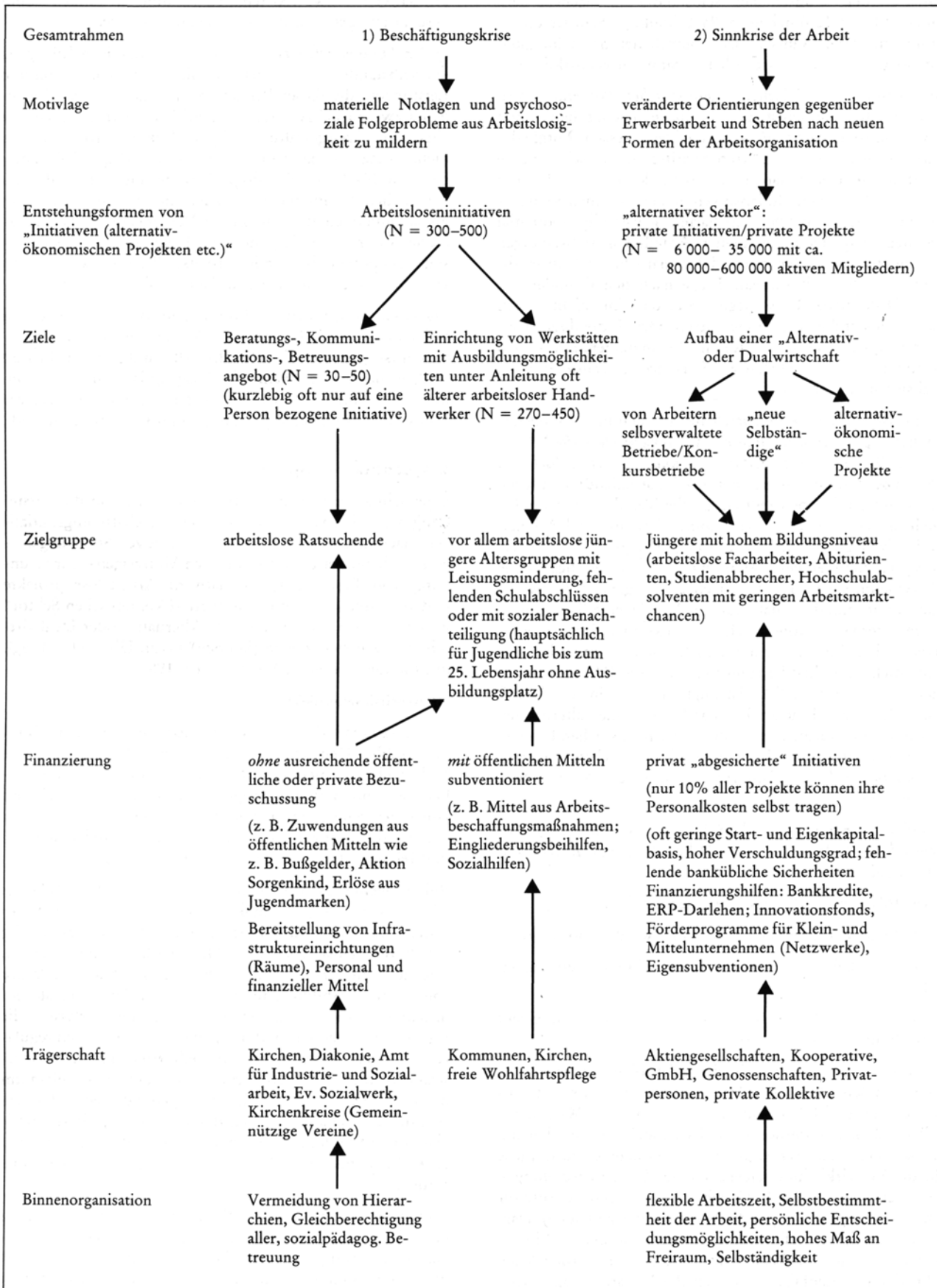
Die Gesamtzahl der Arbeitsloseninitiativen wird in der Bundesrepublik Deutschland auf 300 bis 500 geschätzt. Die Mehrzahl von ihnen hat sich auf ein Beratungs-, Kommunikations- und Betreuungsangebot konzentriert, wobei viele von ihnen eine kurze Lebensdauer haben und oft nur auf eine Person bezogen sind. Unzulängliche Mittelausstattung und fehlende Finanzierung gefährden ihre Existenz.

Relativ wenige Arbeitsloseninitiativen (vermutlich 10% bis 20%) haben „Projektcharakter“ und verfügen über Werkstätten und Ausbildungsmöglichkeiten, die unter Anleitung oft älterer, selbst arbeitsloser Handwerker geführt werden. Bezogen auf das Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen spielen die Ausbildungsmöglichkeiten in den Arbeitsloseninitiativen eine marginale Rolle. Häufig verlassen die Jugendlichen den Ausbildungsplatz, sobald sie einen regulären in einem Unternehmen/Betrieb erhalten. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß sich diese Initiativen vor allem um die Schwervermittelbaren, Leistungsgeminderten, Behinderten, milieugeschädigten Jugendlichen und um die Jugendlichen ohne Schulabschluß kümmern. Hauptsächlich werden Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren ausgebildet (ohne Entgelt).

Infrastruktur, wie Räume, Werkstätten etc. werden häufig vom Träger zur Verfügung gestellt. Das Ausbildungspersonal wird häufig aus öffentlichen Mitteln subventioniert (z. B. im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungsbeihilfen, Sozialhilfen etc.). Weitere Zuwendungen erfolgen aus privaten Spenden, Bußgeldern, „Aktion Sorgenkind“ und Jugendmarken der Bundespost.

<sup>6)</sup> Breite Teile aus Kapitel 3 stellen eine Verkürzung des Berichts von Hegner, Schlegelmilch 1983, dar.

**Übersicht 2: Ursprünge, Motivlagen, Entstehungsformen, Ziele, Zielgruppen, Finanzierung, Trägerschaft und Binnenorganisation von lokalen Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland**



Quelle: Verkürzte Darstellung des Berichts von Hegner, F., Schlegelmilch, C., Formen und Entwicklungschancen unkonventioneller Beschäftigungsinitiativen, Berlin 1983

Als Träger dieser Initiativen fungieren vor allem die Kirchen, Caritasverbände, Diakonisches Werk, Amt für Sozialarbeit, Evangelisches Sozialwerk, gelegentlich die Kommunen und andere Einrichtungen der Wohlfahrtspflege.

Eine geringe Zahl von Arbeitslosenprojekten trägt sich auch selbst, zumal dann, wenn sie marktfähige und absetzbare Produkte mit kostendeckenden Preisen produzieren können. – Auch hier taucht das vorhin erwähnte Klassifizierungsproblem auf. Handelt es sich um eine Arbeitsloseninitiative oder ist die in diesen Betrieben geleistete Erwerbsarbeit eher den „neuen Selbständigen“ oder den „alternativ-ökonomischen Projekten“ zuzurechnen? Die Grenzen sind auch hier fließend.

### 3.2 „Neue Selbständige“, „alternativ-ökonomische Projekte“

Die Diskussion um die begriffliche Abgrenzung der „neuen Selbständigen“, „alternativ-ökonomischen Projekte“, Beschäftigungsalternativen, selbstorganisierten Maßnahmen, etc., ist nicht abgeschlossen. Der letzte Diskussionsstand wird am besten anhand folgender Eingrenzungsvorschläge verdeutlicht, die allenfalls einzelne Aspekte hervorheben, nicht jedoch das Wesen der neuen Erscheinungen erschöpfend beschreiben:

- Statt von Alternativprojekten sollte besser von Selbstorganisationen gesprochen werden.
- Da die Begriffe „selbstorganisiert“ bzw. „selbstinitiiert“ in den Bereich der „neuen Selbständigen“ hineinreichen, sollte das Kriterium der Selbstverwaltung als wesentliches Bestimmungsmerkmal herangezogen werden.
- Die Begriffe Selbstorganisation bzw. Selbstinitiative würden die mit Unterstützung von außen entstandenen Initiativen der Ungelernten und Älteren ausgrenzen und seien somit zu eng. Ferner müßten die Initiativen mehr als bisher hinsichtlich ihrer Beschäftigungswirksamkeit betrachtet werden. Unter Umständen würden auch Umweltschutzinitiativen Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.
- Zur Eingrenzung alternativ-ökonomischer Beschäftigungsinitiativen sei zunächst eine genaue Definition des Beschäftigungsbegriffs notwendig. Ein weiteres wesentliches Kriterium sei die Einkommenssicherung der Mitglieder.

Als praktikabel für empirische Zwecke erweist sich die Eingrenzung auf solche Projekte, die entweder selbst einen „alternativen Anspruch“ erheben oder von Experten als „alternativ“ eingestuft werden. Zweckmäßigerweise werden solche Aktivitäten nicht hinzugerechnet, die nur von einer einzigen Person wahrgenommen werden (vgl. *Kreutz, Fröhlich, Maly* 1984; *Kreutz* 1985). Bei ihrer Schätzung der Gesamtzahl der „alternativ-ökonomischen Projekte“ und deren Beschäftigungswirkungen gehen *Beywl, Brombach, Engelbert* sowie *Huber* von einer im Vergleich dazu engeren Begriffseingrenzung aus. Sie verstehen unter alternativ-ökonomischen Projekten Betriebe, die in solidarischen Gruppen mit kollektiven Eigentums- und Entscheidungsstrukturen arbeiten und die doppelte Zielsetzung verfolgen, den Lebensunterhalt für ihre Mitglieder zu erwirtschaften und wirtschaftsreformerische Modellvorstellungen zu entwickeln (*Beywl, Brombach, Engelbert* 1984, S. 90 f; *Beywl, Brombach* 1984, S. 26).

Ausgangsbasis für alle Schätzungen des Bestandes an „alternativ-ökonomischen Projekten“ in einer Region ist die sogenannte Projektdichte (= Projekte pro 10 000 Einwohner).

Kennt man diese Dichtezeit und überträgt sie auf die gesamte Wohnbevölkerung, dann kann man auf den Gesamtbestand der alternativ-ökonomischen Projekte schließen. Ist darüber hinaus die durchschnittliche Beschäftigungszahl pro alternativ-ökonomischem Projekt bekannt, dann kann man den Gesamtbestand an Beschäftigten im „alternativen Sektor“ abzuschätzen.

Übersicht 3 enthält die Gesamtzahl der Projekte sowie die Projektdichte für einige ausgewählte Erhebungsregionen. Wie man deutlich sieht, hängt die Projektdichte zunächst von der Definition dessen ab, was unter alternativ-ökonomischem Projekt verstanden wird. Die weitere begriffliche Fassung bei *Kreititz, Fröhlich, Maly* führt auch zu einer größeren Projektdichte, wie man aus einem Vergleich zwischen Hannover und Nürnberg einerseits mit den Regionen Berlin, Hamburg, Köln-Bonn und Nordrhein-Westfalen andererseits entnehmen kann. Weiter hängt die Projektdichte auch von dem Erhebungsmaterial zur Bestimmung der Grundgesamtheit, seiner Vollständigkeit, vom Erhebungszeitpunkt und dem Zugang zu ihm ab. Gewonnen wird das Datenmaterial zur Bestimmung der Grundgesamtheit in der Regel unter Zuhilfenahme von Stattdbüchern, alternativen Adreßbüchern, Netzwerken, Anschlägen in alternativen Kommunikationszentren, Teilnahme an Tagungen von „Alternativen“, systematische Begehung von Stadtteilen mit hoher Projektdichte etc. (vgl. *Huber* 1980, S. 138, *Kreutz* 1985, S. 187).

Soweit Vergleichbarkeit zulässig ist, ist die Projektdichte in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich. In Berlin beziffert sie sich auf 1,4 Projekte auf 10 000 Einwohner; in Hamburg mit 0,8 beträgt sie noch 60% und in Nordrhein-Westfalen mit 0,4 noch knapp 30% des Berliner Wertes. Anders: Gemessen an der Einwohnerzahl gibt es in Berlin mehr als dreimal so viele Projekte wie in Nordrhein-Westfalen (*Beywl, Brombach, Engelbert* 1984, S. 55). – Vergleicht man die beiden Regionen Hannover und Nürnberg miteinander, dann sticht ein Nord-Süd-Gefälle ins Auge. Im Nor-

**Übersicht 3: Projektdichte von Berlin, Hamburg, Ballungsgebiet Köln-Bonn, Nordrhein-Westfalen (NRW), Hannover, Nürnberg – Stand: 1982–84**

	Ber- lin	Ham- burg	Köln- Bonn	NRW	Region Han- nover	Region Nürn- berg
Projektanzahl (Grundgesamt <sup>1)</sup> )	261	124	145	655	360– 499	192– 268
Projektdichte (Projekte pro 10 000 Einwohner)	1,4	0,8	0,6	0,4	1,8– 2,5	4,5– 6,3

Quellen: Schätzungen für Berlin, Hamburg, Köln-Bonn, NRW sind entnommen aus *Beywl, Brombach, Engelbert* 1984, S. 55, Schätzungen für Hannover und Nürnberg sind entnommen aus *Kreutz* 1985, S. 190 in Verbindung mit S. 86. Der untere Wert der Bandbreite bezieht alle „eindeutig alternativen“ Projekte ein, der obere Wert enthält darüber hinaus auch die als „fraglich-alternativ“ eingestuftten Projekte.

<sup>1)</sup> Der Branchen Produktion, sächliche Dienste, Verkehr, Handel, Organisationen (z. B. Architekturbüros, Rechtsanwaltpaxen), Freizeitdienste (z. B. Gaststätten, Cafés), Medien/Kultur. In Nürnberg und Hannover sind darüber hinaus persönliche Dienste (z. B. Bildungseinrichtungen, Frauenhäuser) enthalten.



den der Bundesrepublik Deutschland sind alternativ-ökonomische Projekte und eine entsprechende Beschäftigung stärker verbreitet als im Süden (Kreutz 1985, S. 190, 86).

Über die Größe des gesamten alternativ-ökonomischen Sektors liegen bisher folgende Schätzungen vor (vgl. auch Grottian, Kück 1984, S. 3 ff):

- Huber (1980, S. 29) schätzt 11 500 Projekte mit 80 000 engagierten Leuten in der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West), wenn man von einem statistischen Durchschnitt von ca. 7 Mitgliedern pro Projekt ausgeht. Im aller schlechtesten Fall zählt die aktive Bewegung knapp 6000 Gruppen und 30 000 Köpfe und allerhöchstens, was sehr unwahrscheinlich ist, 15 000 Gruppen und 135 000 Köpfe.

- Beywl, Brombach (1984, S. 27) vermuten 6000 alternativ-ökonomische Projekte (bei einer angenommenen Projektdichte von 1 Projekt auf 10 000 Einwohner), die bei durchschnittlich 5 bezahlten Mitarbeitern bundesweit etwa 30 000 Arbeitsplätze ergeben. Die Autoren schätzen von daher die Gesamtzahl der neuen Selbstorganisationen in der Bundesrepublik hoch und kommen auf 35 000 Gruppen. Davon sind, rechnet man die gesondert behandelten alternativ-ökonomischen Projekte hinzu, 12 000 Selbsthilfefuzusammenschlüsse und 13 000 Initiativgruppen der Handlungsform „Widerspruch“<sup>7)</sup>. Insgesamt dürften in diesen Gruppen zwischen 300 000 und 600 000 Menschen aktiv sein, d. h. regelmäßig und intensiv am Gruppenprozeß teilnehmen. Es dürfte sich hierbei um eine Untergrenze in der Bevölkerung handeln (Beywl, Brombach 1984, S. 28). – Im nordrhein-westfälischen alternativ-ökonomischen Sektor gibt es ca. 5200 Arbeitsplätze, wovon die meisten Vollzeitarbeitsplätze sein dürften. Diese Stellen sind jedoch nicht mit solchen im tariflich geregelten Sektor gleichzusetzen (Beywl, Brombach, Engelbert 1984, S. 83; vgl. auch Kapitel 4).

- Kreutz, Fröhlich, Maly (1984, S. 271) gehen von 200 bzw. 400 Projekten für die Regionen Nürnberg bzw. Hannover mit einer Durchschnittszahl von 1200 bzw. 3400 aktiven Mitgliedern aus. Folgt man empirischen Befunden, daß sich der vor- und außerberufliche Beitrag von jeweils drei Personen zur materiellen und strukturellen Voraussetzung für die bezahlte, die Subsistenz sichernde Beschäftigung einer Person verdichtet, dann errechnet sich ein Anteil der alternativ-ökonomisch Beschäftigten an allen Erwerbstätigen für den Raum Nürnberg auf 0,08%, für den Raum Hannover auf 0,24%. Nach dieser Schätzung sind in ca. 12 500 Projekten in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) etwa 92 000 aktive Personen tätig.

- Grottian, Kück (1984, S. 4): Unter Berücksichtigung einer eigenen Erhebung für Berlin und der Befunde für die Ballungsräume Nürnberg und Hannover (aus Kreutz, Fröhlich, Maly 1984; Kreutz 1984) werden 14 000 Projekte mit einer Mitarbeiterzahl von 104 000 für das gesamte Bundesgebiet geschätzt.

Je nachdem welche Definition für „alternativ-ökonomische Projekte“, welche Region, welches Adressenmaterial zur Gewinnung der Grundgesamtheit zugrundegelegt wird,

Übersicht 4: „Alternative Projekte“ in Berlin, Hannover/Nürnberg und Nordrhein-Westfalen nach Wirtschaftsbereichen

	Berlin <sup>1)</sup> %	Hannover/ Nürnberg <sup>2)</sup> %	Nordrhein- Westfalen <sup>3)</sup> %
Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe	14,7	26,1	22,6
Handel und Verkehr	11,0	24,8	20,1
Medien/Kultur	30,5	16,4	24,4
Organisationen <sup>4)</sup>	6,1	3,8	5,6
Dienstleistungen, Bildung und Sozialarbeit	37,8	28,9	27,5
Gesamt	89,1	100	100,2
N	keine Angaben	767	800

<sup>1)</sup> Vgl. Huber, J., Wer soll das ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung, 1980, S. 33; in Verbindung mit den Berechnungen von Kreutz, H., Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Nürnberg 1985, S. 73

<sup>2)</sup> Vgl. Kreutz, H., a.a.O., 1985, S. 73

<sup>3)</sup> Vgl. Beywl, W.; H. Brombach, M. Engelbert, Alternative Betriebe in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1984, S. 49

<sup>4)</sup> Z. B. Architekturbüros, Rechtsanwaltpaxen

unterscheiden sich die quantitativen Schätzungen für die alternativ-ökonomischen Projekte und ihre Beschäftigungseffekte.

Ein spezifiziertes Bild über die Verteilung der alternativ-ökonomischen Projekte aus verschiedenen Erhebungen vermittelt Übersicht 4. Insgesamt gesehen sind allein 70% der Alternativprojekte dem Dienstleistungssektor im weitesten Sinne zuzurechnen, innerhalb dessen die sozialberuflichen Dienste mit 22% (Schulprojekte, Kinder- und Altenbetreuung, medizinische Gruppen, therapeutische, sozialpädagogische und Jugendsozialhilfe-Projekte, Frauenhäuser) den größten Stellenwert haben. Der Bereich der Kleinproduktion umfaßt zwischen 12% und 25% der Tätigkeiten (z. B. Druckereien, Produktions- und Reparaturhandwerk, alternativtechnologische Betriebe, Kunsthandwerk).

#### 4. Lage alternativ-ökonomischer Projekte<sup>8)</sup>

Die alternativ-ökonomischen Projekte lassen sich anhand der Ergebnisse aus dem Forschungsauftrag der Bundesanstalt für Arbeit an den Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie (Nürnberg), wie folgt kennzeichnen: „Alternative Projekte“

- sind selbstinitiiert,
- erheben einen „alternativen“ Anspruch,
- üben eine Erwerbsfunktion aus und stellen eine auf Dauer gestellte Tätigkeit für mindestens ein Mitglied dar.

Aus einer Grundgesamtheit von 767 Alternativprojekten im Raum Nürnberg und Hannover wurde eine Stichprobe von 83 Projekten gezogen, aus denen nachfolgende Befunde referiert werden.

#### Typologie

Für das traditionelle Unternehmertum steht das Prinzip des ökonomischen Handelns (Gewinnmaximierung) im Vorder-

<sup>7)</sup> „Widerspruch“ bedeutet, daß die Selbstorganisation versucht, die von Dritten (Staat und Unternehmen) vorgenommene Leistungserstellung in Quantität und Qualität zu beeinflussen. Dies geschieht insbesondere durch die Veröffentlichung von Mißständen und Forderungen, durch Drohungen mit Legitimationsentzug usw. (Beywl, Brombach 1984, S. 23).

<sup>8)</sup> Befunde aus dem IAB-Projekt „Die Befunde alternativer Tätigkeitsfelder und Tätigkeitsverläufe für den Arbeitsmarkt“ (IAB-Projekt 4-280A). Vgl. auch insbesondere Kreutz, Fröhlich, Maly 1984; Kreutz 1985.

grund, auch wenn dieses in der Regel mit anderweitigen Zielen verwoben ist. Idealtypisch kann man dieser *eher ökonomischen Orientierung* eine eher *utopisch-kognitive* Orientierung gegenüberstellen, die im wesentlichen in der erwähnten „Sinnkrise“ wurzelt, in die Arbeit und Beruf neuerdings geraten sind. Bei ökonomisch orientierten Projekten wird das Erwerbsziel des Projektes hervorgehoben, bei der „utopisch-kognitiven Orientierung“ wird der Verbreitung alternativer Überzeugungen oder der Verfolgung sozial-, entwicklungs- und/oder umweltpolitischer Ziele gegenüber der Erwerbsfunktion größere Bedeutung beigemessen. In allen untersuchten Alternativprojekten sind eindeutig solche Tätigkeiten ausgeprägt, die auf ökonomischen Erfolg, d. h. auf Erzielen von Gewinn und langfristige Sicherung des Erwerbscharakters ausgerichtet sind. Der Versuch der „alternativen Legitimation“ und der politischen Überzeugungsarbeit ist zwar in einer Reihe von Projekten enthalten, spielt aber bei ca. der Hälfte der analysierten Projekte eine nachgeordnete Rolle gegenüber den Erwerbszielen. „*Alternative Projekte*“ ohne *ökonomische Lebensbasis sind keine „Alternativen“ sondern Illusionen.*

Eine andere Orientierungsdimension bezieht sich auf das Selbstverständnis der Projektmitglieder. Zu unterscheiden ist zwischen einer Gruppenorientierung und einer „missionarischen Orientierung“. Etwa 40% erwarten von der Projektarbeit individuelle, häufig nichtmaterielle Vorteile wie selbstbestimmtes Arbeiten, Gruppenerlebnisse, Selbstverwirklichung in der Projektarbeit u. ä. m. Bei diesen Projekten sind also die Erwartungen und Handlungsorientierungen der Projektmitglieder in erster Linie auf die Interaktion in der Gruppe (ingroup-orientation) fixiert, und Außenkontakte (mit Kunden, Klienten usw.) haben nur nachrangige Bedeutung (=Gruppenorientierung). Etwa 60% der untersuchten Projekte betonen demgegenüber als wichtigsten Aspekt der Projektarbeit die Wirkung auf andere, wie Bereitstellung biologisch angebaute Nahrungsmittel, Hilfe für Kinder, psychisch Kranke oder die Dritte Welt. In diesen Fällen kann von einer „missionarischen Orientierung“ (outgroup-orientation) des Projekts gesprochen werden.

Je nach Vorhersehen der Erwerbsorientierung oder des utopischen Moments in einem Projekt läßt sich dementsprechend von verschiedenen Projekttypen sprechen. Auf der einen Seite stehen – gleichsam „*alternative Enklaven*“ mitten im herkömmlichen Leben – die erwerbsbezogenen Projekte, die gleichzeitig auf die Gestaltung des Zusammenlebens in der Projektgruppe größten Wert legen. Diese machen fast ein Viertel aller Projekte aus. Auf der anderen Seite läßt sich eine Konzentration der Projektarbeit gleichzeitig auf *missionarisches Wirken* nach außen und auf die Entwicklung und *praktisch-politische Umsetzung* von utopischen Entwürfen feststellen. Projekte dieser Orientierung umfassen 34% der Gesamtheit. Diese Projekte können als die eigentlichen Träger der „Bewegung“ angesehen werden, da sie die Impulse für die *fortdauernde Dynamik* der Alternativengruppierungen liefern.

Ein weiterer Projekttypus ist gleichzeitig utopisch orientiert und auf die gruppendynamischen Prozesse im eigenen Projekt konzentriert. Hier findet man eine Annäherung an eine Form der Vergesellschaftung, die man gemeinhin als „*Sekte*“ bezeichnen kann.

Das Gegenteil einer solchen sektenhaften Selbstgenügsamkeit stellen jene Projekte dar, die auf die Erwerbstätigkeit konzentriert sind, diese aber im Sinne einer reinen

*Gebrauchswertproduktion* grundlegend so umgestalten wollen, daß Geldwirtschaft und Profitdenken entfallen.

### Lebensdauer

Alternativ-ökonomische Projekte sind keineswegs *kurzlebig*. Von 100 Neugründungen bestehen

- nach einem Jahr etwa noch 85%,
- nach zwei Jahren etwa noch 75%,
- nach drei Jahren etwa noch 67%,
- nach vier Jahren etwa noch 60%,
- nach fünf Jahren etwa noch 53%,
- nach sechs Jahren etwa noch 42%,
- nach zehn Jahren etwa noch 34%.

Die Langlebigkeit vieler „Alternativprojekte“ ist in vielen Fällen auch gleichbedeutend mit Langlebigkeit der Arbeitsplätze: Ist ein Arbeitsplatz einmal eingerichtet, dann wird alles getan, um ihn zu erhalten. Der „neue Selbständige“ ist auf ihn angewiesen; er muß ihn – betriebswirtschaftlich gesehen – hegen, pflegen und fördern. Dies tut er schon im Interesse der eigenen Existenzsicherung.

### Rechtsform

Ca. zwei Drittel aller Befragten haben für ihr Projekt diejenige *Rechtsform* gewählt, die ihnen in ihrer Situation am vorteilhaftesten erschien. Am stärksten sind die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der eingeschriebene Verein sowie Gesellschaften des bürgerlichen Rechts verbreitet. Auf der anderen Seite arbeitet das restliche Drittel in dieser Hinsicht „irrational“. Dies ist bei alternativen Tätigkeiten sicher zu erwarten. Würde jedoch im gesamten Wirtschaftssystem ein derartiger Anteil „irrationalen“ Unternehmerverhaltens vorhanden sein, so würde dies wohl zu einem vollständigen Chaos führen.

### Qualifikationen

Ferner werden Diskrepanzen zwischen vorhandener Bildung, ausgeübten Tätigkeiten und der Fähigkeit und Notwendigkeit zu unternehmerischem Verhalten sichtbar. Abstimmung bzw. Anpassung dieser drei Funktionen aufeinander setzen mannigfaltige Lernprozesse in Gang und sind notwendig, wenn das alternative Projekt wirtschaftlich überleben will. Dies verdeutlicht ein Vergleich zwischen den geforderten Eingangsqualifikationen der Mitarbeiter und den erforderlichen Lernprozessen im Projektverlauf (vgl. Übersicht 5).

**Übersicht 5: Eingangsqualifikationen der Mitarbeiter und Lernprozesse im Projekt**

	Notwendige Eingangsqualifikationen aus der Sicht der Projekte %	Lernprozesse im Projekt %
Fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten	13	59
„Arbeitsugenden“	29	29
Alternatives Bewußtsein, alternative Überzeugung	58	12
	100	100
Zahl der Nennungen	(n = 100)	(n = 198)

Es fällt auf, daß der Schwerpunkt der Lernprozesse im Projekt ganz eindeutig bei den *fachspezifischen Kenntnissen und Fähigkeiten* liegt. Dieses Ergebnis stützt die an anderer Stelle getroffene Feststellung, daß die Mitarbeiter alternativer Projekte im Projekt außerordentlich häufig *ausbildungsfremd* tätig sind. Nur in 13% aller Nennungen wird Fachwissen als Eingangsqualifikation verlangt; für die Mehrheit trifft zu, daß die arbeitsbezogenen Kenntnisse erst im Projekt, also bei der Arbeit gelernt werden. Die „alternativ-ökonomische“ Szene stellt hier dem herkömmlichen formalen Ausbildungssystem in massiver Weise das Prinzip des „learning by doing“ entgegen, wobei natürlich branchen- und projektspezifische Unterschiede berücksichtigt werden müssen. So setzen zum einen die psychologischen Beratungs- und Therapieeinrichtungen die an der Hochschule erworbene fachliche Qualifikation ihrer Mitglieder voraus. Zum anderen können nicht alle fachspezifischen Lernprozesse in der Projektarbeit als nicht formal geregelt angesehen werden – eine Kfz-Werkstatt bietet beispielsweise ganz „normale“ Lehrverträge für Kfz-Mechaniker an.

„Alternatives Bewußtsein“ ist die wichtigste Eingangsqualifikation, die die Projekte von ihren Mitarbeitern erwarten (58% aller Nennungen). Unter „alternativem Bewußtsein“ wurden alle Angaben verstanden, die sich auf ein von Utopieentwürfen geprägtes Weltbild beziehen. Die Spanne reicht dabei von allgemein gehaltenen Formulierungen wie z. B. „politisches Grundwissen“ oder „Lust an der Idee“ über spezifische Zielsetzungen und Haltungen, wie etwa „feministische Einstellung“, oder „größeres Bewußtsein für die Umwelt“ bis zu verhaltensmäßigen Konkretisierungen, so z. B. „Bewußtseinswandel in der Einstellung zur Arbeit“, „Bereitschaft, entsprechend den natürlichen Gegebenheiten zu arbeiten“, „nicht nur zu träumen, aber Träume haben“, „Freundschaft, Selbstverwirklichung, Entwicklung von Liebe“.

Wichtigster Lernprozeß in der Projektarbeit ist letztlich der Aufbau *fachlicher Qualifikationen*. Diese Lernprozesse ergeben sich aus der Tatsache, daß sich die Ausbildungsinhalte der Mitarbeiter einerseits und das Arbeitsgebiet andererseits sehr häufig nicht decken. Es müssen also *Fachkenntnisse* vertieft oder überhaupt erst neu gelernt und angeeignet werden.

Im Vordergrund der Lernprozesse stehen manuelle Fertigkeiten, persönlichkeitsbezogene Arbeitstugenden und soziale Kompetenz. Zum einen kann man hier von einer notwendigen Ergänzung einer einseitig abstrakten Ausbildung ausgehen, wobei auch bedacht werden sollte, daß möglicherweise gerade Studenten aus Arbeiterfamilien ein Ungenügen gegenüber der abstrakten Arbeit empfinden und mit realer Arbeitserfahrung konfrontiert werden möchten. Zum anderen ist aber auch nicht auszuschließen, daß der realitätsferne „Schonraum“ vieler – insbesondere geisteswissenschaftlicher – Studiengänge, tatsächlich in manchen Hinsichten Qualifikationsdefizite produziert. Das alternative Projekt ist – gerade auch wegen der raschen Fluktuation seiner Mitglieder – möglicherweise nicht selten Praktikumsersatz und Konfrontation mit Anforderungen in einer weitgehenden Ernstsituation (vgl. Übersicht 6).

Diese neuen Erwerbsformen – ungeachtet ihrer ökonomischen/utopisch-kognitiven oder ingroup/outgroup Orientierung – tragen deutlich unternehmerische Züge, wie Streben nach Selbständigkeit, Übernahme von Risiko und Verantwortung, Dispositionen über Mittel und Einsatz von Arbeit, Arbeiten auf eigene Rechnung, Herstellen von

## Übersicht 6: Richtung und Inhalt des Lernens in alternativen Projekten

	%
handwerkliche Fähigkeiten (v)	8,5
manuelle Fähigkeiten, praktische Kenntnisse (o)	10,0
tippen, drucken, layouten (v)	5,0
schreiben von Artikeln, Korrespondenz, Dokumentation (v)	12,0
Planung, Organisation (o)	8,5
öffentliches Auftreten (v)	9,0
fachtheoretische Kenntnisse (o)	5,0
soziale Fertigkeiten und Fähigkeiten, Durchsetzungsvermögen, Kooperationsfähigkeit (v)	24,5
herkömmliche Arbeitstugenden (o)	4,5
Veränderung des alternativen Bewußtseins (o)	8,5
Ernüchterung, Enttäuschung, Praxisschock (o)	3,5
	100,0
Zahl der Nennungen	(n = 198)

(v = vorgegebene Antwortmöglichkeiten, o = spontane Formulierung der Befragten)

Gütern und Dienstleistungen, die die Existenz sichern. Das Schlagwort vom „neuen Selbständigen“ hat somit eine reale Basis. In der Tat zeigt sich, daß die „alternativen Projekte“ Tätigkeitsprofile entwickeln, die weit stärker der Arbeit eines Selbständigen als der eines Unselbständigen entsprechen. Wenn man beispielsweise die Tätigkeitsprofile selbständiger Fachhochschulabsolventen (vgl. Kaiser, Jelitto, Otto, Schwarz 1980) mit denjenigen der alternativen Projekte vergleicht, so wird die Annäherung der „Alternativen“ an die traditionellen Selbständigen in überraschend hohem Ausmaß deutlich (vgl. Übersicht 7). Mit diesen Tätigkeitsstrukturen sind spezifische Sozial- und Bildungsstrukturen verbunden.

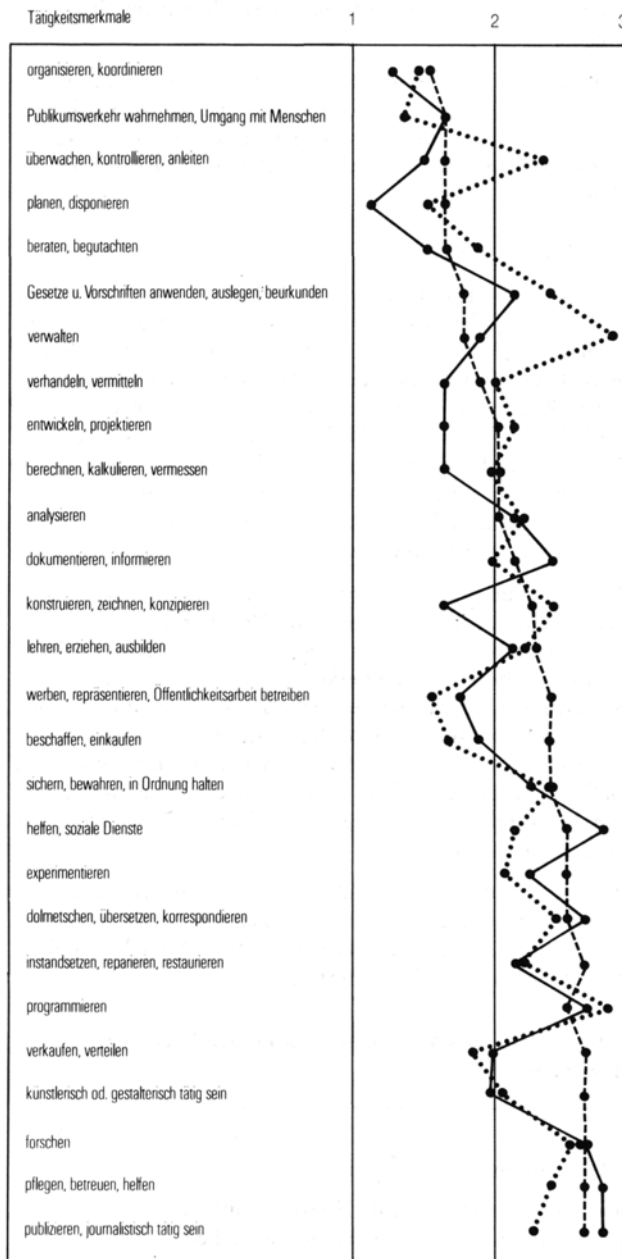
In „alternativen Projekten“ sind vor allem Männer und Frauen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren mit einer überdurchschnittlichen Schulbildung tätig (vgl. auch Schlegel-milch 1982, S. 37):

- 39% der befragten Mitarbeiter in den Projekten sind Akademiker und Studenten (im Vergleich dazu sind 8 bis 9% Akademiker in der Erwerbsbevölkerung enthalten); von diesen sind wiederum zwei Drittel Sozialwissenschaftler, Sozialarbeiter und Lehrer, die oft berufsfremd in den Projekten tätig sind.
- Auffallend groß ist die Zahl derjenigen, die angeben, vor der Tätigkeit im „alternativ-ökonomischen Projekt“ nur irgendeine Art „Job“ ausgeübt zu haben.
- Ca. 16% der Mitarbeiter sind Auszubildende.

### Erträge

Wie ist es um die Ertragskraft der „alternativen Projekte“ bestellt? Erste Hinweise darauf geben die *Umsätze*. Ca. zwei Drittel der alternativen Projekte erwirtschaften monatlich einen Umsatz bis zu DM 4000,- und der Rest monatlich mehr als DM 5000,-. Angesichts der Tatsache, daß nur für knapp die Hälfte der Projekte Umsatzangaben vorhanden

**Übersicht 7: Tätigkeitsprofile von erwerbstätigen selbständigen/nicht selbständigen Fachhochschulabsolventen und von Mitgliedern alternativer Projekte**



————— Selbständige  
 - - - - - Nichtselbständige  
 ..... Mitglieder alternativer Projekte  
 1 = trifft voll zu  
 2 = trifft teilweise zu  
 3 = trifft nicht zu

Quelle der Vergleichsdaten: Gemeinsame Erhebung des IAB und des BMBW bei Fachhochschulabsolventen der Examensjahrgänge 1973–1975 in Baden-Württemberg

sind, sind die nachfolgenden Umsatzberechnungen für die Gesamtheit der alternativen Projekte in den beiden Betrachtungsräumen – Nürnberg und Hannover – vorsichtig und allenfalls als Angaben für Größenordnungen zu interpretieren. Für die Region Nürnberg ist ein monatlicher Gesamtumsatz von ca. 1,9 Mio. DM und für Hannover einer zwischen 6,6 Mio. und 9,5 Mio. zu verzeichnen. Soweit Mitglieder aus den Projekten Leistungen beziehen (= erhaltene Projektmitglieder), zeigt sich, daß die Zahl der durchschnittlichen Umsätze pro erhaltenem Projektmitglied proportional zur Mitgliederzahl ansteigt. Aus diesen Umsätzen erzielen einzelne Projektmitglieder Einkommen. Dabei ist

zu beachten, daß die Bezüge aus den „alternativ-ökonomischen“ Projekten im Gegensatz zur herkömmlichen Entlohnung unterschiedliche Formen annehmen können. *Nur ein Teil der Projekte hat die Form der festgelegten Honorierung seiner Mitglieder gewählt* bzw. ist zu einer regelmäßigen Entlohnung in Geldform auch imstande. Häufig tritt an die Stelle des festgelegten Lohns bzw. in Ergänzung zu einem Lohn in Geldform noch die Gewährung von Sachleistungen. Am häufigsten werden diese Sachleistungen in Form von gemeinsamen Mahlzeiten bzw. gemeinsamer Versorgung mit Nahrungs- und Genußmitteln aus Projektbeständen gewährt; wo die Projektmitglieder auch zusammen wohnen, wird fallweise die gesamte Lebenshaltung aus Projektmitteln bestritten. In diesen Fällen muß die Bereitstellung einer Wohnung als Sachleistung aus dem Projekt eingesetzt werden. Schließlich sind noch die eventuellen Sozialversicherungsbeiträge zu berücksichtigen, die eine Reihe von Projekten für ihre Mitarbeiter entrichten.

*Alle genannten Leistungen sind als Beiträge zur Subsistenzsicherung der „vom Projekt Lebenden“ anzusehen.* Für die Auswertung mußten sie deshalb individuell quantifiziert werden. Folgende Daten konnten auf diese Weise gewonnen werden (Übersicht 8):

**Übersicht 8: Anzahl der vom Projekt ökonomisch relevante Leistungen beziehenden Projektmitglieder und Anzahl der Projekte insgesamt, die überhaupt die entsprechende Leistung aufweisen**

	Projekte	Mitglieder
Anzahl der aktiven Mitglieder in der Stichprobe (mehr als sieben Stunden wöchentliche Mitarbeit)	n = 81	738
Anzahl der Mitglieder, die vom Projekt Leistungen erhalten	n = 53	261
Anzahl der Mitglieder dieser Projekte, die keine Leistungen erhalten	n = 53	103
Anzahl der Projekte, die noch keine Leistungen erbringen, dies aber beabsichtigen	n = 12	81
Anzahl der Projekte, die nicht beabsichtigen, Leistungen für ihr Mitglieder zu erbringen	n = 18	293

Mithin erhalten also von der Arbeit eine Gesamtheit von 738 Mitgliedern insgesamt 261 Personen in unterschiedlicher Höhe Leistungen gemäß der obigen Definition (Geld- und Sachleistungen). Dies bedeutet, daß pro Projekt ca. 3 Personen aus dem Projekt Leistungen erhalten, die zu ihrer Subsistenzsicherung beitragen. Die durchschnittliche Zahl von aktiven Mitgliedern beläuft sich auf neun Personen in jedem Projekt.

Einen ersten, äußerst interessanten Aspekt stellt das Verhältnis dieser beiden Zahlen zueinander dar. Auf dem Sektor der alternativen Tätigkeit akkumuliert sich der vor- bzw. außerberufliche Beitrag von jeweils drei Personen zur materiellen und strukturellen Voraussetzung für die bezahlte, d. h. subsistenzsichernde Beschäftigung einer Person. Eine sinnvolle Aussage über das damit gewonnene Beschäftigungspotential läßt sich allerdings erst dann formulieren, wenn diese Zahlen der unterhaltenen Mitglieder mit der Höhe der Unterhalts-

leistungen, die sie beziehen, gewertet werden. Die Zahlen der folgenden Übersicht geben die Summe der Geld- und Sachleistungen ausgedrückt in DM wieder, die die „von Projekten erhaltenen Mitglieder“ beziehen (vgl. Übersicht 9).

**Übersicht 9: Höhe der gesamten Bezüge aus den Projekten (ohne Beachtung einer bestimmten Arbeitszeit)**

Höhe der Bezüge pro Monat	Gesamtzahl der Mitglieder %
unter 600 DM	26,1
600–1 200 DM	31,4
1 200–1 800 DM	39,1
1 800–2 400 DM	2,3
2 400–3 000 DM	0,4
3 000–4 000 DM	0,0
4 000 DM u. m.	0,8
<b>Gesamt</b>	<b>100,0</b>
<b>N</b>	<b>261</b>

Das Gesamtbild der Einkommensverteilung in der Übersicht zeigt, daß der weitaus größte Teil der von ihren Projekten lebenden Mitglieder in die Einkommensklassen zwischen 600- und 1200- DM bzw. zwischen 1200- und 1800 DM fällt. Bei 1800,-DM scheint sich die „Einkommensgrenze“ für „alternativ-ökonomische Projekte“ einzupendeln; der Anteil an Beziehern höherer Einkommen ist verschwindend klein, Einkommen über 1800,- DM pro Monat aus alternativer Projektarbeit ist offensichtlich die Ausnahme.

Ein ähnlich niedriges Einkommensniveau in der Alternativökonomie belegt auch die Studie von *Personn, Tiefenthal* (1984). Sie errechnen einen durchschnittlichen Stundenlohn von 6,76 DM (netto), was in einem Monat mit durchschnittlich 160 Arbeitsstunden etwa 1100,- DM entspricht.

Würde man die durchschnittlichen Einkommen der bundesdeutschen Erwerbsbevölkerung mit diesen Zahlen vergleichen, so würde sich mit Sicherheit für den alternativ-ökonomischen Sektor ein deutlich niedrigeres Niveau der Verteilung der Durchschnittseinkommen ergeben als für den herkömmlichen Arbeitsbereich. Es ist jedoch kaum sinnvoll, die Population der Stichprobe bzw. der alternativ Tätigen insgesamt mit dem Durchschnitt der herkömmlich beschäftigten Erwerbsbevölkerung zu vergleichen. Eine eventuelle Vergleichsgruppe müßte zumindest hinsichtlich der Altersverteilung und des Bildungsniveaus der untersuchten Population von alternativ Tätigen angeglichen sein.

Berücksichtigt man z. B. das Durchschnittsalter der Einkommensbezieher aus „alternativ-ökonomischen Projekten“, so dürfte sich der Abstand zu den durchschnittlichen Einkommen der herkömmlich Beschäftigten gleichen Alters erheblich verringern. Eine gegenläufige Tendenz müßte sich allerdings aus dem im Durchschnitt relativ hohen Bildungsniveau der Mitglieder von Alternativprojekten ergeben: Im herkömmlichen Arbeitsbereich eröffnet universitäre bzw. Fachhochschulausbildung in der Regel – zumindest langfristig, d. h. bezüglich der Aufstiegschancen – den Zugang zu den höheren Einkommensklassen. Ob bei einer auf Dauer angelegten Mitarbeit in Alternativprojekten langfristig eine ähnliche Entwicklung eintreten wird, d. h. ob sich die Unterhaltsleistungen, die die Projekte zu gewähren imstande sind, langfristig erhöhen werden, scheint zumin-

dest fraglich. Gemessen an einer herkömmlich beschäftigten Population mit dem gleichen, relativ hohen Bildungsniveau dürften sich die aus Alternativprojekten erhaltenen Bezüge längerfristig auf einem vergleichsweise niedrigeren Stand bewegen.

Dabei muß aus der individuellen Sicht der im alternativ-ökonomischen Sektor Beschäftigten sicher berücksichtigt werden, daß die alternative Tätigkeit per se einen gewissen immateriellen – kaum quantifizierbaren – Nutzen für die Ausübenden stiftet.

#### *Arbeitszeit und Freizeit*

Gegen „alternativ-ökonomische Projekte“ wird oft mit der Begründung der *Selbstausschöpfung* ihrer Mitglieder argumentiert (vgl. auch *Personn, Tiefenthal* 1984, *Beywl, Brombach* 1984). Es wird behauptet, daß extrem lange Arbeitszeiten in Kauf genommen werden, um die Projekte lebensfähig zu halten. Die auf diese Weise erzeugte Belastung hebe die Vorteile der freien Zeiteinteilung de facto wieder auf. Die tatsächlichen Verhältnisse entsprächen daher eher den extremen Belastungen der frühindustriellen Ära als den postindustriellen Wertvorstellungen.

Demgegenüber ist festzustellen: In den alternativen Projekten besteht fast durchgehend eine Normierung der Arbeitszeit; diese Normierung ist aber weniger starr und erlaubt mehr Flexibilität als die herkömmliche industrielle Arbeitszeitordnung. Die Daten zeigen, daß die behauptete Selbstausschöpfung zwar vorkommt (ein gutes Drittel arbeitet mehr als 40 Stunden/Woche), aber nicht der Normalfall ist und daß die durchschnittliche Arbeitszeit durchaus im Bereich der 40-Stunden-Woche liegt (etwa 2/3 sind bis zu 40 Stunden in der Woche tätig).

Vielfach wird vermutet, daß in alternativen Projekten zwischen Arbeit und Freizeit nicht getrennt wird. Das Verständnis von Freizeit in alternativen Projekten gibt ein differenziertes Bild wieder (Übersicht 10):

**Übersicht 10: Das Verständnis von Freizeit in alternativen Projekten**

	%
klare Trennung von Arbeit und Freizeit	34
im Projekt besteht wenig Freizeit, dafür werden aber viele Bedürfnisse während der Arbeit befriedigt	36
Arbeit im Projekt ist Freizeittätigkeit	15
Unterscheidung Arbeit-Freizeit wird abgelehnt, alternative Zeitstrukturierung	15
	100
	(n=83)

Damit ist sowohl (Projekt-)Arbeit in der Freizeit als auch Freizeit während der Arbeit gegeben. Bei der Hälfte verschwimmt die Differenzierung tatsächlich, ohne daß sie programmatisch in Frage gestellt würde. 15% wandten sich direkt gegen die Dichotomie von Arbeit und Freizeit. Bei diesen Projekten wird die Einheit der Lebensgestaltung betont und eine Aufteilung wertemäßig abgelehnt. In einigen Fällen finden sich einerseits Ansätze zu neuen Formen der Differenzierung. So wird z. B. „Privatheit“ von „öffentlicher Tätigkeit“ unterschieden. Andererseits wird die

Strukturierung der Zeit in einigen Fällen als ausschließlich fremdbestimmt erlebt, so z. B. wenn ausschließlich Termine die tägliche Arbeitsleistung festlegen.

Während bei der normalen Arbeitswoche Arbeit und Freizeit zunehmend verschwinden, behält der Urlaub bei der Mehrheit seine scharfen Konturen (Übersicht 11).

**Übersicht 11: Die Bedeutung des Jahresurlaubs**

	%
Ganz normaler Urlaub	22
normaler Urlaub, zentraler Inhalt: Wegfahren von Arbeits- und Wohnort	22
Wegfahren, keine alternative Arbeit	14
Urlaub und alternative Arbeit kombinieren	8
alternativer Urlaub	12
kein Urlaub, keine Antwort	22
	100
	(n=95)

Bei einem Teil ist sogar Urlaub von der ganzen Alternativszene der Hauptinhalt des Jahresurlaubs. Bei annähernd der Hälfte bedeutet Urlaub „Wegfahren“, vor allem ins Ausland. Das Leben und Arbeiten in alternativ-ökonomischen Projekten in der Bundesrepublik bietet mithin – gemessen am Urlaub – nicht die ausreichende Alternative zur herkömmlichen Arbeitswelt. Der Urlaub im Ausland bleibt für viele das notwendige Komplement zum Alltag in der Bundesrepublik Deutschland.

Insgesamt gesehen kann aus der Sicht und Art der Nutzung der verfügbaren Lebenszeit und ihrer Verwertung nicht auf Selbstaussbeutung in den „alternativ-ökonomischen Projekten“ geschlossen werden.

### 5. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen<sup>9)</sup>

Die alternativ-ökonomischen Arbeitsplätze schieben sich zwischen den erwerbswirtschaftlich-offiziellen Sektor und den erwerbswirtschaftlichen Schattensektor (vgl. auch Grass, 1984). Arbeit im alternativ-ökonomischen Sektor ist kollektiv, gering entlohnt, aber dafür subjektiv befriedigend. Sie ist nicht auf die Funktion der Erwerbsquelle reduziert, sondern wichtiger Bestandteil der persönlichen Lebensgestaltung (Beywl, Brombach, Engelbert 1984, S. 84).

Die Beschäftigungsmöglichkeiten im alternativ-ökonomischen Sektor haben zahlenmäßig in der Bundesrepublik Deutschland eine (noch) nicht allzu große Bedeutung. Ein Wegfall der alternativen Beschäftigung würde die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik vermutlich nur geringfügig erhöhen, da sich nicht alle dann Arbeitslosen melden würden. Angesichts des hohen Anteils der Hochschulberechtigten und Studienabbrecher an den in alternativen Projekten Tätigen würde die Zahl der Studierenden und Weiterstudierenden (in einem Zweitstudium) anwachsen.

Es könnte sich somit eine Belastung für das Bildungssystem, vor allem für das Hochschulsystem ergeben. Eine größere Zahl würde Arbeitsstellen auf dem Arbeitsmarkt suchen und

dabei auch erfolgreich sein. Eine zusätzliche Belastung des „regulären“ Arbeitsmarktes träte dann auf, wenn es diesem Personenkreis nicht gelänge, „spezifische Arbeitsplätze“ für sich selbst einzurichten. Berufsspezifisch gesehen, käme auf den Teilmarkt der Lehrer, Geistes- und Sozialwissenschaftler jedoch eine *erhebliche Belastung* zu, die sich für diesen schon stark belasteten Teilmarkt noch nachteiliger auswirkte, als dies ohnehin schon der Fall ist.

Die Hauptschwierigkeiten für die Arbeitslosen- und Alternativprojekte sind durch Finanzierungsengpässe in der Gründungsphase und durch die besondere Zusammensetzung des beteiligten Personenkreises bedingt. So sind die Beteiligten von ihren beruflichen Fähigkeiten her nicht immer entsprechend qualifiziert oder haben noch zu wenig „know-how“, um erfolgreich eine eigene Existenz zu gründen. Selbst wenn einige „alternativ-ökonomische“ Beschäftigungsinitiativen bisher ca. 50% ihrer Kosten durch eigene Leistungen erwirtschaften und wenn in den nächsten Jahren ein höherer Grad an Wirtschaftlichkeit zu erwarten ist, werden diese Betriebe dennoch immer auf Zuschüsse angewiesen sein.

Auch wenn Arbeitslosen- und alternativ-ökonomische Beschäftigungsinitiativen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, so erfüllen sie doch einige wichtige Funktionen – hauptsächlich für besondere Personengruppen auf dem Arbeitsmarkt, z. B. für Schwervermittelbare, zum Teil leistungsgeminderte Problemgruppen, die besonders unter den gegenwärtig verschärften Konkurrenzbedingungen immer weniger Chancen haben, im Bereich des traditionellen Arbeitsmarktes einen Arbeitsplatz zu erhalten. Durch eine befristete Beschäftigung mit begleitender Betreuung werden die Wiedereingliederungschancen dieses Personenkreises erhöht.

Güter und Dienstleistungen, die im Rahmen „alternativ-ökonomischer“ Beschäftigungsinitiativen erbracht werden, liegen häufig in Bereichen, die von herkömmlichen Unternehmen als „unprofitabel“ vernachlässigt werden. Viele dieser Dienstleistungen sind gesellschaftlich nützliche Arbeiten (Umweltschutz, soziale Dienste, Verbesserung der Wohn- und Lebensumwelt, etc.). Sie werden von öffentlichen, halb-öffentlichen oder kirchlichen Institutionen – beispielsweise wegen zunehmender Finanzknappheit – nicht ausreichend wahrgenommen.

Selbst wenn alternativ-ökonomische Beschäftigungsinitiativen zu einem hohen Grad auf Subventionen angewiesen sind, werden diese Mittel doch in einer Weise eingesetzt, die Arbeitslosen Erwerbseinkommen statt bloß Unterhaltssubventionen (Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe) ermöglichen. Die Gefahr, daß durch die weitere Unterstützung von Beschäftigungsinitiativen ein dauerhaft abgegrenzter Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer „zweiter Klasse“ entstehen könnte, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Ihr kann jedoch dadurch begegnet werden, daß die alternativ-ökonomischen Beschäftigungsverhältnisse tarifrechtlichen Bestimmungen genügen, ein ausreichendes Maß an sozialer Sicherung und Möglichkeiten zu einer Weiterqualifizierung beinhalten. Unter der Voraussetzung, daß ein unerläßliches Mindestmaß an sozialem Schutz gewährleistet ist, sind derartige Beschäftigungsinitiativen selbst dann, wenn sie weniger materiellen Komfort als herkömmliche Arbeitsverhältnisse bieten, immer noch ungleich besser als tatenlose Resignation. Unter der Voraussetzung, daß praktikable Angebote für eine berufliche Weiterqualifizierung und ein entsprechendes Beratungsangebot vorhanden sind, haben die Beschäftigten in alternativ-ökonomischen Betrieben bei

<sup>9)</sup> Vgl. insbesondere Hegner/Schlegelmilch 1983

einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage durchaus die Chance, nach einer Übergangszeit einen konventionellen Arbeitsplatz zu erhalten (vgl. *Hegner, Schlegelmilch* 1983).

Alternativ-ökonomische Projekte sind nach ihrem Selbstverständnis und konzeptionell allenfalls auf allmähliches Wachstum angelegt. Neue Mitarbeiter sollen als ganze Menschen in die alternativ-ökonomische Gruppe integriert werden. Sie sollen dies selbstbestimmt und mit ihrer je eigenen Einarbeitungsgeschwindigkeit tun können. Zu schnelle Expansion würde kreative Lern- und Gruppenprozesse be- oder verhindern. Die Obergrenze der jährlichen Zuwachsrates liegt – Expertenmeinungen zufolge – bei 30%. In drei bis vier Jahren könnte sich die Beschäftigtenzahl im alternativ-ökonomischen Sektor allenfalls verdoppeln, womit die Obergrenze der Belastbarkeit kollektiver Strukturen für diesen Zeitraum erreicht wäre (vgl. *Beywl, Brombach, Engelbert* 1984, S. 86; *Grottian, Kück* 1984, S. 27; *Hollstein* 1980, S. 151 f.).

Die Chance zur Entwicklung erfolgreicher Alternativprojekte dürfte vornehmlich von regionalspezifischen Bedingungen abhängig sein, wie

- etwa der Größe des erschließbaren mit dem Projekt sympathisierenden Abnehmerkreises, d. h. von der Zahl derer, die Produkte und Dienstleistungen der „alternativen Projekte“ potentiell nachfragen;
- vom Bildungsniveau und von der Größe vorhandener Bildungsgruppen in den einzelnen Regionen;
- von den Bildungs- und Beratungsmöglichkeiten vor allem solchen, die Kenntnisse zur optimalen Bewirtschaftung von „alternativen Projekten“ vermitteln;
- von der kommunalen Wirtschafts-, Kultur-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hinsichtlich der Fähigkeit, „alternative“ Ansätze einzubeziehen und damit gleichsam zu institutionalisieren;
- von den Zwängen, aber auch Erleichterungen sowie der An der Kommunikation, die von der Bevölkerung, den Behörden, den Verbänden, etc. auf die Initiativen ausgehen.
- Schließlich sind auch die regionalen Strukturmerkmale (wie regionale Branchen- und Wirtschaftsstruktur, die regionale Arbeitslosenquote und ihre Entwicklung, die Verkehrswegestruktur, die Struktur des Ballungsgebietes sowie das Vorhandensein staatsstruktureller „Nischen“, die die Ansiedlung von alternativ-ökonomischen Projekten begünstigen (wie Altbauviertel, Sanierungsgebiete, etc.), Wanderungsbewegungen (Aus- und Einpendler in bestimmten Regionen) im Hinblick auf ihre Wirkungen auf den alternativen Arbeitsmarkt zu analysieren. Vor allem gilt es zu untersuchen, wie sich diese Bedingungen auf Lage, Entwicklung und Lebensfähigkeit bzw. Überlebensfähigkeit alternativ-ökonomischer Projekte auswirken (Verlaufsanalyse alternativ-ökonomischer Projekte<sup>10</sup>).

<sup>10</sup> Vgl. Weiterführung des an den Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie (Universität Erlangen-Nürnberg) vergebenen IAB-Projekts 4-280A: „Die Bedeutung alternativer Tätigkeitsfelder und Tätigkeitsverläufe für den Arbeitsmarkt.“

## Literatur

- Bargel, T., G. Framheim, J. M. Geich, S. Kamhuber, W. Lense, G. Peisert*, Studiensituation und studentische Orientierungen, in: Studien Bildung Wissenschaft, Bd. 5, Bonn 1984.
- Beywl, W., H. Brombach*, Neue Selbstorganisationen. Zwischen kultureller Autonomie und politischer Vereinnahmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/84, S. 15 ff.
- Beywl, W., H. Brombach, M. Engelbert*, Alternative Betriebe in NRW, Düsseldorf 1984.
- Brinkmann, C.*, Finanzielle und psychosoziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit, in: MittAB 4/1976, S. 397 ff.
- Brinkmann, C.*, Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit. Ergebnisse einer repräsentativen Längsschnitterhebung, in: MittAB 4/1984, S. 454 ff.
- Graß, R.-D.*, Schattenwirtschaft. I. und II. Teil, in: MittAB 2 u. 3/1984, S. 274 ff. u. S. 382 ff.
- Gretschmann, K.*, Wirtschaft im Schatten von Markt und Staat, Frankfurt 1983.
- Grottian, P., M. Kück*, 100 000 Arbeitsplätze im Alternativ- und Selbsthilfesektor sind nur durch neue Finanzierungskonzeptionen realistisch!, Berlin 1984 (unveröffentlicht).
- Hegner, F., C. Schlegelmilch*, Formen und Entwicklungschancen unkonventioneller Beschäftigungsinitiativen, Berlin 1983.
- Hollstein, W.*, Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensform, Bonn 1980.
- Huber, J.*, Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 1980.
- Kaiser, M., F. Stooß*, Zur Entwicklung der neuen Selbständigen unter den Hochschulabsolventen, in: MittAB 2/1980, S. 171 ff.
- Kaiser, M., R. Jelitto, M. Otto, U. Schwarz*, Berufliche Integration von Fachhochschulabsolventen, in: MittAB 1/1980, S. 77 ff.
- Kaiser, M., B. Hallermann, M. Otto*, Fachhochschulabsolventen – zwei Jahre danach, in: MittAB 2/1984, S. 231 ff.
- Kreutz, H., G. Fröhlich, D. Maly*, Alternative Projekte – Realistische Alternativen zur Arbeitslosigkeit? in: MittAB 4/1984, S. 267 ff.
- Kreutz, H.*, Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewahrung des Alltags, in: BeitrAB 86/1985.
- Mertens, D.*, Neue Grauzonen des Erwerbsverhaltens? in: MittAB 2/1980, S. 151 ff.
- Niessen, H.-J., R. Ollmann, M. Ehling*, Schattenwirtschaft – Entstehung eines autonomen Wirtschaftssektors? Köln 1984.
- Personn, C., O. Tiefenthal*, Bedingungen und Strukturen alternativer Ökonomie, Hamburg 1984 (unveröffentlicht).
- Sachverständigenrat* zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1984/85, 1984.
- Schlegelmilch, C.*, Grauer Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen (Diskussionspapier IIM/LMP 82/5 des Wissenschaftszentrums Berlin), Berlin 1982.
- Schober, K.*, Arbeitslose Jugendliche: Belastungen und Reaktionen der Betroffenen, in: MittAB 2/1978, S. 198 ff.
- Stingl, J.*, Die Rolle der Beschäftigungsdienste bei der Entwicklung von lokalen Beschäftigungsinitiativen (Begrüßungsansprache anlässlich der EG-OECD-Tagung vom 16. -18. 1. 1984 in Nürnberg), Nürnberg 1980.
- Vonderach, G.*, Die „neuen Selbständigen“. 10 Thesen zur Soziologie eines unvermittelten Phänomens, in: MittAB 2/1980, S. 153 ff.
- Zehnter, K., R. Nagel*, Lokale Beschäftigungsalternativen in Österreich, Wien 1983.